



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/195 - 25.8.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Der letzte Weg Schumachers	S. 1
Österreichische Sorgen	S. 4
Schachts Klage gegen den Hamburger Senat	S. 6

## Unvergeßliches Erlebnis

P.R. Wer am vergangenen Sonnabend im Trauergeleit Kurt Schumachers von Bonn nach Hannover fuhr, und am Sonntag hinter seinem Sarge vom Rathaus zum Friedhof in Ricklingen ging, sah mit eigenen Augen, daß dieser Mann längst nicht mehr nur einer Partei und ihren Freunden zugehörte; dem wurde auf das Eindringlichste klar, daß die Verehrung für die Person Kurt Schumachers diesen Rahmen längst gesprengt hatte.

Auf der zehn Stunden langen Fahrt durch Westdeutschland, die in Bonn gegen 14 Uhr begann und vor dem Rathaus in Hannover um 24 Uhr endete, grüßten Hunderttausende Kurt Schumacher im Ruhrgebiet auf ungezählte Kilometer hin in dichter Massierung am Rande der Autobahn oder auf ihren Brücken, später in den ländlichen Gebieten mit größeren Unterbrechungen, in der Nähe auch der kleinen Städte wieder in geschlossenem Spalier. Bisweilen waren Einzelne aus den benachbarten Ortschaften gekommen und standen für sich und recht einsam am Rande der großen Straße, so dieser alte Mann, den nicht vergessen wird, wer ihn sah: Den alten Zylinder in der Hand, im abgetragenen schwarzen Rock und grauer Alltagshose, in der ungelenken Hand einen gerade aus dem Garten oder vom Felde gepflückten Strauß, das verwitterte Gesicht mit dem grauen Bart in tiefem Ernst auf den Wagen gerichtet, der Kurt Schumachers Körper vorbeitrag. Oder, in einer geschlossenen Gruppe, jenen jungen Menschen, der mit beiden Händen fest den starken Fahnenstange hielt, so daß er nichts gegen die Tränen

tun konnte, die sein von der Sonne hell beschienenes Gesicht herunterliefen. Man hat in diesen beiden Tagen viele Menschen weinen sehen, Fremde und Bekannte, bei denen man solch sichtbar werdende Gemütsbewegung nicht vermutete. Das war auch der Anlaß für die Schlußworte des niedersächsischen Staatsministers Albertz vor dem Rathaus in Hannover: Niemand brauche sich der Tränen um diesen Mann zu schämen.

Am späten Abend und in der Nacht begleiteten Spalierre von Fackelträgern das Trauergeleit, das aus fast 60 Wagen bestand. Um 21 Uhr wollte man an der Stadtgrenze Hannovers sein, es wurde 22.30 Uhr. Dann kam die anderthalb-Stundenfahrt vom Rande der Stadt bis zu ihrem Kern im Schritt-Tempo. Auf diesem langen Weg begleitete wieder ein unübersehbarer Zug von jungen Fackelträgern die Wagenkolonne. An den Straßen der Vororte und des eigentlichen Stadtzentrums standen die Menschen in einer ununterbrochenen, zwei bis drei Gliedern tiefen Kette, zu vielen Tausenden, schweigend. So wie am anderen Tag der ganze Weg vom Rathaus zum Friedhof, eine Strecke von etwa sechs Kilometern, auf beiden Seiten ohne jede Lücke und fast überall in doppelter und dreifacher Stärke besetzt war - es müssen an die Zweihunderttausend gewesen sein. Viele Tausende waren auch in Omnibussen aus dem Lande gekommen. Der Verkehr war für die Zeit des Trauermarsches vollkommen lahmgelegt, nicht ein Fahrzeug störte das eindrucksvolle Bild.

Gewiß - die riesige Versammlung vor dem Rathaus mit ihren etwa 60000 Teilnehmern war eine imponierende Bekundung von Liebe, Treue und Verehrung. Aber alles vollzog sich doch zwangsläufig in einem feierlichen Rahmen und, rein äußerlich, in einer gewissen Distanz - die letzten Gruppen waren vom Standort der engsten Freunde Schumachers aus gesehen, kaum noch zu erkennen. Auf dem Wege zum Friedhof aber sah man Tausende von jungen, älteren und alten Gesichtern in der Entfernung von wenigen Schritten, sah den Ernst, die fragende Besorgnis, was nun werden sollte, vom Weinen rot geränderte Augen, hier und da die rührend hilflos Gebärde, mit der ein kleiner Blumenstrauß verlegen und ohne greifbares Ziel vorgestreckt wurde. An vielen Stellen waren rote Nelken und Rosen gestreut.

Man kann es sehr gut unterscheiden, wo Schaulust und Neugierde und wo innere Anteilnahme und von Herzen kommendes Bedürfnis im Spiele sind. An diesen beiden Tagen gab es offensichtlich nur wenige Neugierige, aber eine überwältigende Menge von Verehrern.

Es ist ein einzigartiger Weg, den Schumacher in dieser Stadt vom Zwangsbürger, zu dem ihn im Jahre 1943 die Gestapo machte, bis zu der Endstation zurückgelegt hat, ihr geliebtester Sohn zu sein, und wenn in der Nachkriegszeit durch Jahre Hannover und Schumacher im politischen Sprachgebrauch auswechselbare Begriffe waren - an diesen beiden Tagen schmolzen sie noch einmal zu einer festen Einheit zusammen. Es war, als ob zwei breite Ströme von Dankbarkeit und tiefer Trauer den Weg des Zuges säumten.

Die Frage nach dem letzten Ursprung dieser erstaunlichen Erscheinung, dieser Tatsache, daß sich der erste Mann des Staates mit klugen Worten im Bundestag genau so ehrerbietig vor dem großen Toten verneigte wie jener alte Mann am Rande der Autobahn stumm auf den vorbeifahrenden toten Schumacher starrte, läßt viele Antworten zu. Sie lassen sich aber vielleicht auf einen Nenner bringen: Das Motiv ist die unbedingte Hochachtung und Ehrfurcht vor den echten, klar vor jedermanns Augen liegenden moralischen Werten eines Mannes, dem ausserdem Geist und Herz in verschwenderischer Fülle gegeben waren. Das deutsche Volk - und gerade im Auslande sollte man das erkennen - hat in seiner überwältigenden Mehrheit ein unerhört feines Ohr für falsche und echte Töne, für den Unterschied zwischen Schein und Sein, bekommen. Hier hat sich einmal der Nazismus als ein großartiger Erzieher wider Willen betätigt.

"Präg Dir alles ein, präg es Dir genau ein" - kamen plötzlich nach langem Schweigen die Worte von dem Freund, der auf dem Wege zum Grabe Schumachers an der Seite ging. "Wir beide werden einen solchen Tag nicht wieder erleben".

+ + +

Österreichs Schulmeister

O.R.-Wien, Ende August

Mit seinen vier alliierten "Kontrollräten" hat die österreichische Regierung in den letzten Wochen ihr liebes Kreuz. Im Alliierten Rat kommt alles zur Sprache, was die österreichischen Politiker nicht hätten tun dürfen. So ist es übel vermerkt worden, daß die Deutschen und die Österreicher im März Handelsvertragsverhandlungen geführt haben; der russische Vertreter wollte das Protokoll nicht zur Kenntnis nehmen; schließlich einigte man sich - nicht. Und wenn man sich im Alliierten Rat nicht einigt, wird das Thema fallen gelassen.

Auch die Gespräche, die der österreichische Handelsminister Böck-Greifßau mit Prof. Dr. Erhard in Bregenz geführt hatte, wurden von russischer Seite beanstandet. Begründung: Die Trennung Österreichs von Deutschland werde hintertrieben und die österreichische Regierung habe illegalerweise diplomatische Beziehungen zu Bonn hergestellt. Man solle doch, verlangte der General Kraskewitsch, dem österreichischen Bundeskanzler ein Warnungsschreiben senden... Eines weiteren Fehltritts wurde Bundeskanzler Figl selbst bezichtigt: Er habe kürzlich mit dem Bonner Finanzminister in Salzburg Diskussionen geführt. Es meldete sich ein Augenzeuge, der die beiden belauscht hatte. Dieser Zeuge war Dr. Dowling, der stellvertretende US-Hochkommissar, der im Alliierten Rat angab, die Finanzverhandlungen hätten sich um den Ankauf zweier Festspielkarten gedreht. Die beiden Herren wollten sich "Othello" ansehen.

Aber auch die Amerikaner finden immer wieder ein Haar in der parlamentarischen Suppe. Nach langen Verhandlungen haben die Volksvertreter für die unteren Gruppen der Belasteten und gegen solche Nazis, die nur wegen Formaldelikt, d.h. bloßer Zugehörigkeit zu einer NS-Organisation oder Funktion in ihr gesetzlich belangt werden mußten, eine Amnestie beschlossen. Nach sieben Jahren halten sie den Zeitpunkt für gekommen, Personen, die keine Schuld auf sich geladen hatten, von der Diskriminierung zu befreien. Das amerikanische Element meldete sein Veto an. Verhandlungen laufen noch.

Zu gleicher Zeit schlägt die Sowjetunion in dieselbe Kerbe, wenn

auch aus anderen Gründen. Das Moskauer Außenministerium lehnte bekanntlich die Note der Westmächte, einen Kurzvertrag, eigentlich nur ein Räumungsprotokoll für Österreich zu schaffen, ab. Es besteht auf der Fortsetzung der Verhandlungen, die nach fast dreijähriger Pause im Januar hätten wieder beginnen sollen und für die Rußland derartiges Interesse zeigte, daß sein Vertreter überhaupt nicht erschien. In 258 Sitzungen wurde nichts anderes geschaffen als ein unvollständiger Vertragsentwurf, mit dem man heute nichts mehr anfangen kann. Als die Vertreter der vier Großmächte Satz um Satz zusammenbosselten, hoffte das österreichische Volk auf ein greifbares Ergebnis. Ein Einfluß auf die Textgestaltung wurde einem österreichischen Vertreter nicht eingeräumt. Wenn irgendwo eine Einigung erzielt wurde, so ging sie auf Kosten des Abwesenden. Jetzt wird sich keine Regierung finden, die die horrenden Lasten zu übernehmen bereit wäre. Sollte es wieder zu Staatsvertragsverhandlungen kommen, so wird wohl auch Österreich gehört werden müssen. Wenn es aber seine Stimme erheben darf, so wird es zunächst eine Ablehnung der wirtschaftlichen Klauseln des vor drei Jahren fertiggestellten Staatsvertragsentwurfes aussprechen.

Die Sowjetunion legt aber auf die Unantastbarkeit dieser Punkte größten Wert. Am prächtigsten klingen in der Moskauer Note jene Sätze, die der Sorge um die österreichische Demokratie gewidmet sind. So erfährt man, daß der von den Westmächten vorgeschlagene "Kurzvertrag" dem österreichischen Volke nicht die Ausübung der demokratischen Rechte gewährleiste, er sehe nicht das Recht des allgemeinen und geheimen Wahlrechtes und auch keine Maßnahmen vor, die den demokratischen Parteien und Organisationen eine freie Tätigkeit garantieren. Und so verlangt die Sowjetunion von den Westmächten schließlich, diese mögen den "Kurzvertrag" fallen lassen, "der zur Wiederherstellung eines wirklich unabhängigen und demokratischen österreichischen Staates nicht beitragen kann". Leider widerspricht der Anschauungsunterricht, den die sowjetischen Schulmeister seit sieben Jahren in der Ostzone Österreichs erteilen, den pädagogischen Methoden, von denen das Moskauer Außenministerium predigt.

+ + +

Schacht will wieder von vorn anfangen

S-S. Der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht wird sich am 2. September vor dem hamburger Landesverwaltungsgericht mit dem Senat der Hansestadt Hamburg auseinandersetzen, der ihm den Antrag auf Eröffnung eines Bankinstituts "Hjalmar Schacht & Co." in Hamburg abgelehnt hat. Der alte Geldmann fühlte sich mit seinen 75 Jahren offenbar noch jung genug, sozusagen von vorn anzufangen.

Das Bankhaus, das als offene Handelsgesellschaft beantragt war, wollte sich als Privatbankgeschäft allen üblichen Sparten der Privatbankentätigkeit widmen und neben der Finanzberatung besonders die Außenhandelsfinanzierung pflegen. Das Kapital der Firma sollte eine Million D-Mark betragen und von einigen stillen Gesellschaftern aus Handel, Industrie und Landwirtschaft voll gezeichnet werden. Als Partner wollte sich Herr Schacht den 52jährigen, zur Zeit in Stockholm ansässigen Devisenexperten und handelspolitischen Fachmann Dr. Waldemar Ludwig holen, der früher einmal Reichsbankdirektor war und als Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium Devisenfragen und handelspolitische Probleme bearbeitete. Prokurist der Firma sollte das frühere stellvertretende Vorstandsmitglied der Dresdener Bank in Hamburg und spätere Vorstandsmitglied der Danziger Bank für Handel und Gewerbe, Richard Thiemer, werden. Sofort nach der formellen Zulassung war die Eröffnung der Bank geplant.

Hier machte Mitte Juli der Senat der Hansestadt Hamburg dem Dr. Schacht einen Strich durch die Rechnung und lehnte den Antrag auf Genehmigung für die Errichtung des Bankinstituts ab. Der Senat begründete diesen Schritt damit, daß "der Gesellschafter Dr. Hjalmar Schacht, ... durch seine maßgebliche Beteiligung an der staatlichen Kreditpolitik wesentlich dazu beigetragen" habe, die "nationalsozialistische Gewaltherrschaft herbeizuführen, zu stützen und ihre sittenwidrigen Ziele zu fördern". Er habe sich "führend an der nationalsozialistischen Finanzpolitik beteiligt, die zu dem katastrophalen Ruin der deutschen Währung und der deutschen Wirtschaft führte". Er habe damit bewiesen, daß die "Gründe zur Versagung der Erlaubnis gemäß § 4 Absatz 1 des Gesetzes über das Kreditwesen" vorlägen.

Der Absatz 1 des § 4 dieses Gesetzes, das - Ironie des Schicksals - von Schacht selbst stammt, lautet in der Fassung von 1939:

"Die Erlaubnis zur Errichtung eines Kreditinstituts darf nur versagt werden,

- a) wenn die Geschäftsleiter des Kreditinstituts oder die Leiter von Zweigstellen nicht ehrbar oder fachlich nicht genügend vorgebildet sind oder die für den Betrieb der Unternehmung oder des Betriebsteiles, den sie zu leiten haben, sonst noch erforderliche Eigenschaften und Erfahrungen nicht besitzen,
- b) wenn die Erlaubnis unter Berücksichtigung der örtlichen gesamtwirtschaftlichen Bedürfnisse nicht gerechtfertigt erscheint,
- c) wenn der Unternehmung die zum Geschäftsbetrieb erforderlichen Mittel im Inland nicht zur Verfügung stehen".

Schacht ist der Meinung, daß diese Bestimmung nicht als Begründung für die Ablehnung ausreiche. Zu welcher Entscheidung immer das Landesverwaltungsgericht Hamburg oder auch höhere Instanzen kommen werden, zu fragen ist, zu wessen Nutz und Frommen Schachts Geldgeschäfte dieses Mal wären.

Es gibt - sogar "unbescholtene" - Leute, die Schachts Projekt als eine wesentliche Bereicherung des deutschen Wirtschaftslebens ansehen und meinen, die deutsche Bundesrepublik könne nicht ohne ihn auskommen. Daß diese Leute aber vor allem in den neofaschistischen Kreisen aller Länder zu suchen sind, ist angesichts der "Tradition" des Herrn Schacht und seiner Tätigkeit in den letzten Jahren kein Wunder. Dr. Schachts Auslandsinteressen lagen, und sie liegen noch, vorwiegend in solchen Ländern, in denen faschistische Gruppen eine besondere Rolle spielen. Seine Handelsinteressen und die politische Einstellung dieser Kreise waren für ihn eine glückliche Begegnung.

Eine Begegnung, die aber deutlich macht, daß auch Herr Schacht wieder so etwas wie eine politische Konzeption hat, deren Gefährlichkeit er nicht zuletzt mit seiner Reise durch Spanien offen unterstrich, auf der ihn der "Mussolini-Befreier" Otto Skorzeny, Reisender in Sachen faschistische Internationale, begleitete. Herrn Schachts Ambitionen geben allen Anlaß, ihm bei seiner Tätigkeit sehr auf die Finger zu sehen. Schacht sollte endlich in der Versenkung verschwinden.